

Projekt mit Konfliktpotenzial

Vom Zukunftsprojekt Morgenrot verspricht sich die Stadt Steuereinnahmen und Arbeitsplätze. Es gibt auch Diskussionen um Welterbe, Naturschutz und Erhalt von Landwirtschaftsflächen.

VON PETRA KORN

QUEDLINBURG/MZ. Es soll Steuereinnahmen in Millionenhöhe für die Stadt Quedlinburg bringen und bis zu 1.000 neue Arbeitsplätze bringen: das Zukunftsprojekt Morgenrot, das private Investoren umsetzen wollen. Doch es wird viel diskutiert, wirft Fragen auf – und wird auch abgelehnt.

Idee der Investoren der Morgenrot-Lüder-Getec-Gruppe für die mehr 1.200 Hektar umfassende Fläche ist, dass hier auch weiter Landwirtschaft stattfinden soll; sie wollen aber auch einen 350 Hektar großen Industriepark entwickeln und für die Stromversorgung der sich hier ansiedelnden Unternehmen einen Energiepark mit Photovoltaik und Windrädern. „Wir bewegen uns dabei in einem engen Rahmen“, der von der Stadt vorgegeben sei, sagte Carl Matthias Rathgen, wie Marcel Schöbel Geschäftsführer der Industriepark Morgenrot GmbH und der Energiepark Morgenrot GmbH.

Rahmenbedingungen seien die Bewahrung des Welterbes und die Berücksichtigung aller fachlichen, insbesondere der naturfachlichen Belange. „Wir werden nichts unternehmen oder zulassen, was unseren Status als Welterbe gefährdet und was uns Natur- und Artenschutz verbieten“, unterstrich Oberbürgermeister Frank Ruch (CDU) in der Sitzung des Stadtrates am Donnerstagabend erneut.

In dieser stand nach ersten Beschlüssen etwa zur grundsätzlichen Unterstützung des Vorhabens und einer Einwohnerversammlung zu diesem eine nächste Entscheidung auf der Tagesordnung, bei der es um grundsätzliche planerische Voraussetzungen geht: Ob die Stadt einen Antrag bei der Regionalen Planungsgemeinschaft stellt mit dem Ziel, dass aus einer aktuell für Landwirtschaft vorgesehenen Fläche eine für die Erzeugung erneuerbarer Energien werden kann.

Daran erinnerte Ruch – und ebenso, dass aktuell eine Welterbeverträglichkeitsprüfung in Auftrag gegeben sei sowie arten- und naturschutzrechtliche Untersuchungen erfolgten. Diese würden im ersten Quartal 2026 abgeschlossen – „also bevor wir die abschließende Diskussion führen und entscheiden“, erklärte der Oberbürgermeister. Und da werde es, so Ruch auf Anfrage eines Bürgers in der Einwohnerfragestunde, „mit Si-



Entstehen soll mit dem „Zukunftsprojekt Morgenrot“ in Quedlinburg auch ein Energiepark. SYMBOLFOTO: IMAGO/HARRY KOERBER

Namentliche Abstimmung

Zum Beschluss, ob die Stadt einen Antrag bei der Regionalen Planungsgemeinschaft stellt mit dem Ziel, dass aus einer aktuell für Landwirtschaft vorgesehenen Fläche eine für die Erzeugung erneuerbarer Energien werden kann, hatte die AfD-Fraktion eine namentliche Abstimmung beantragt.

Mit Ja haben gestimmt:

Andreas Hennig, Christian Hirsch, Angelika Krause, Sylvia Marschner, Guido Mertens, Guido Neuhäuser, Sebastian Petrusch, Jörg Pfeifer, Frank Ruch, Ulrich Thomas (alle CDU), Renate Brecht (SPD),

Helga Poost (Linke), Dave Sander (Grüne), Eike Helmholz, Steffen Kecke (beide Bürgerforum), Lars Kollmann (FDP) und Hans-Joachim Wagner (VGS).

Mit Nein stimmten:

Mario Ballin, Reinhard Fiedler, Oliver Hößler, Tobias Knauth-Fischer, Martin Michaelis, Erik Niemand, Ingo Pieper, Hans-Joachim Rathmann, Roman Zelas, Nico Grün (alle AfD) und Christian Wendler (Bürgerforum).

Enthalten

hat sich Maik Ockert (Die Partei).

PEK

cherheit die eine oder andere Veränderung geben.“

Aber, ohne diese Ergebnisse abzuwarten, „bereits jetzt in Totalposition“ zu gehen und gegen vorbereitende Untersuchungen zu stimmen, sei „nicht nur grob fahrlässig“, so Ruch – der später erklärte, die Worte „bewusst provokativ gewählt“ zu haben –, sondern auch „reine ideologische Propaganda“.

Reinhard Fiedler (AfD) wies das zurück. Es gebe außer dem Welt-

erbe auch andere Gründe, das Vorhaben abzulehnen, sagte er und nannte etwa den Landschafts- und den Naturschutz.

Er sei gegen die Zerstörung landwirtschaftlich genutzter Flächen und das Industriegebiet an sich, sagte Christian Wendler (Bürgerforum). 30 Meter hohe Bauten – eine solche Höhe hatten die Investoren im Rahmen ihrer Projektideen genannt – würden den Blick auf die Stadt aus Richtung Osten

zerstören, und auch der Blick aus der Stadt werde in Mitleidenschaft gezogen.

Jetzt liefen Prüfverfahren, da vertraue er der Rechtsstaatlichkeit und Seriosität, erklärte Steffen Kecke (Bürgerforum). Aber wenn im Sommer 2026 entschieden werden solle, werde er „nicht der Katze im Sack zustimmen“; dann müsste klar genannt werden, welche Industrieansiedlungen vorgesehen seien. Seine Sorge sei eine „erhebliche Veränderung der Gemarkung Quedlinburg“, so Kecke.

Er sehe sich als Stadtrat in der Pflicht, alle Optionen genau zu prüfen, den Experten zuzuhören und dann zu entscheiden, sagte Lars Kollmann (FDP). Seine Fraktion, erklärte Ulrich Thomas (CDU), sehe die Chancen, die mit dem Projekt verbunden seien. Ein „KO-Kriterium“ sei aber eine Gefährdung des Welterbes, „und wir werden auch nicht gegen den Natur- und Artenschutz verstoßen“.

Letztlich beschloss der Stadtrat mehrheitlich mit 17 Ja- und elf Nein-Stimmen bei einer Enthaltung bei der Regionalen Planungsgemeinschaft eine Abweichung vom 2009 ausgewiesenen Vorranggebiet für Landwirtschaft zugunsten der geplanten Flächen für erneuerbare Energien zu beantragen.